

Rüstungsexporte stoppen!

Seit den Parlamentswahlen in der Türkei im Juni 2011, bei denen der unabhängige Block der kurdischen und linken türkischen Parteien einen deutlichen Erfolg erzielen konnte, nimmt die staatliche Repression in den kurdischen Gebieten weiter zu. Vieles deutet darauf hin, dass die wiedergewählte AKP-Regierung und die türkische

Armee eine neue Offensive gegen die kurdische Befreiungsbewegung vorbereiten und ein Friedensprozess damit ein weiteres Mal torpediert wird.

In den vergangenen fünf Jahren haben deutsche Firmen ihre Rüstungsexporte fast verdoppelt, der NATO-Partner Türkei ist dabei mit 15 Prozent der wichtigste und größte Abnehmer. Deutsche Konzerne profitieren von diesem Boom im Rüstungsbereich: Rheinmetall, Krauss-Maffei Wegmann (KMW), ThyssenKrupp, Diehl, EADS und MTU

genauso wie Siemens, MAN, Mercedes-Benz oder Heckler & Koch. Trotz des offiziellen Lieferverbots geht ein Großteil der deutschen Militärgüter direkt in die Kriegsgebiete dieser Welt, ein Großteil der Profite fließt zurück in die Rüstungsmetropole München.

Bundeskanzlerin Merkel versprach der Türkei noch im Frühjahr 2010 die Lieferung von 56 Leopard-II Panzern. Es steht außer Zweifel, dass diese genauso gegen die Zivilbevölkerung in Kurdistan eingesetzt werden, wie die Panzer aus ehemaligen DDR-Beständen, die Anfang der 90er Jahre in die Türkei geliefert wurden. Ende 2010 wurde der Einsatz von chemischen Waffen durch das türkische Militär gegen kurdische WiderstandskämpferInnen in den deutschen Medien und im Bundestag thematisiert. Die Waffenlieferungen an die Türkei gehen ungestört weiter.

Seit Ende der 90er Jahre hat die Zahl der politisch Inhaftierten in Kurdistan und der Türkei ihren höchsten Stand erreicht; auch in Deutschland: die deutsche Regierung beteiligt sich an der Verfolgung der kurdischen und türkischen AktivistInnen durch Parteiverbote wie 1993 mit dem Verbot der PKK und politischen Prozessen in der BRD. Erst im Juli wurden zwei kurdische Aktivisten in Düsseldorf und Freiburg nach §129b wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer „ausländischen terroristischen Vereinigung“ inhaftiert.

Die Rüstungsexporte in die Türkei und der Krieg in Kurdistan sind nur ein Beispiel für den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Globalisierung, Krieg und der Unterdrückung von Befreiungsbewegungen. Mit der geplanten Lieferung von 200 Leopard-II Panzern nach Saudi-Arabien behauptet die Bundesregierung, einen Beitrag zur politischen Stabilisierung im so genannten Nahen Osten zu leisten. Eine blutige Stabilität aus deutschen Kanonenrohren und Gewehrläufen! In vielen Ländern dieser Region und in Nordafrika gehen in den letzten Monaten die Menschen gegen diktatorische Machteliten auf die Straße. Sie stehen Polizisten und Soldaten gegenüber, die mit deutschen Waffen ausgerüstet und von deutschen Polizisten und Soldaten ausgebildet wurden – teilweise im Sold und im Auftrag von Rüstungskonzernen wie EADS in Saudi Arabien.

Auch in Südkurdistan (Nordirak) protestieren immer mehr Menschen gegen die korrupte Regionalregierung der Parteien KDP und PUK. In deutschen Medien ist darüber nichts zu lesen, wohl aber über die Geschäfte, die deutsche Firmen beim Wiederaufbau des kriegszerstörten Nordirak machen wollen.

Die Kampagne TATORT Kurdistan organisiert deshalb zum Antikriegstag am 1. September 2011 ihren zweiten bundesweiten Aktionstag.

Wir wollen mit unseren Aktionen die Rüstungsexporte und die Beteiligung der deutschen Regierung und deutscher Unternehmen an den Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen in Kurdistan angreifen.



Kriegsverbrechen anklagen!

Massaker waren und sind Teil der Kriegsführung des türkischen Militärs gegen den kurdischen Befreiungskampf, aber auch gegen linke türkische Organisationen, MenschenrechtlerInnen und GewerkschafterInnen. Sie sind ein Mittel der Aufstandsbekämpfung, genauso wie die staatlich legitimierte sexistische Gewaltexzesse - insbesondere gegen Frauen, die mit antipatriarchalen Zielen in der Befreiungsbewegung kämpfen. Im Oktober 1998 wurde Andrea Wolf in Kurdistan vom türkischen Militär ermordet. Sie war Internationalistin und Kämpferin der kurdischen Frauenarmee Yajk und wurde zusammen mit anderen kurdischen GenossInnen bei einem Gefecht mit der türkischen Armee gefangen genommen. Als unbewaffnete Gefangene wurde sie mit mindestens zwei weiteren Kämpfern gefoltert, misshandelt und extralegal hingerichtet - ein klares Kriegsverbrechen laut Genfer Konvention. Anschließend wurden ihre Leichen weiter misshandelt und verstümmelt. Bei diesem Massaker kamen insgesamt vermutlich 41 KämpferInnen ums Leben. Andrea Wolf war seit 1980 u.a. in München, in Wackersdorf und später in Frankfurt politisch aktiv.

Angehörige und Familien der getöteten KämpferInnen aus Kurdistan fordern seit Juli 2011 gemeinsam mit der Mutter von Andrea Wolf, dem FreundInnenkreis von Andrea Wolf München und der Internationalen Unabhängigen Untersuchungskommission (IUK) aus München die Aufklärung des Massakers vom 23. Oktober 1998. In einem Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wurde die türkische Regierung im Juni 2010 in diesem Zusammenhang verurteilt, weil bisher eine rechtsstaatliche Aufklärung des Massakers systematisch verhindert wurde: „Das Urteil ist eine schallende Ohrfeige für den türkischen Staat. Jetzt müssen endlich die verantwortlichen Militärs, die Andrea Wolf gefoltert und vorsätzlich getötet haben, ermittelt und vor Gericht gestellt werden. Deshalb fordern wir die Staatsanwaltschaft Frankfurt auf, die Ermittlungen im Fall Andrea Wolf wieder aufzunehmen, die überlebenden Zeugen des Kriegsverbrechens zu vernehmen und gemeinsam mit der IUK eine Öffnung des Grabes von Andrea Wolf und eine Obduktion durch internationale Gerichtsmediziner vorzubereiten. Dazu werden wir weitere Beweise vorlegen“, erklärte die Rechtsanwältin Angelika Lex, die die Mutter von Andrea Wolf und die IUK vertritt, am 8. September 2010 anlässlich einer Pressekonferenz zum Urteil.



"Ich würde mir wünschen, dass es in den Metropolen Bewegungen gäbe, die diesen Krieg angreifen, unmöglich machen würden. Einfach den Nachschub kappen. Ich weiß, es ist angesichts des Zustands in den Metropolen utopisch (...) Auch auf längere Zeit wird es so bleiben. Schade, das wäre was. Eine militante Bewegung, die die Kriegsmaschine lahmlegt."

Andrea Wolf schrieb diese Sätze am 1. Mai 1997 in den Bergen Kurdistans, kurz vor einer großen Mobilisierung des türkischen Militärs. Ihr Wunsch ging nicht in Erfüllung, nur ihre bittere Vorahnung: es sollte noch einige Jahre dauern, bis eine radikale linke Bewegung rund um den Globus überhaupt wieder anfing, sich mit dem Zusammenhang von kapitalistischer Globalisierung und weltweitem Krieg auseinander zu setzen. Jetzt wollen wir die Verantwortlichen in der Bundesregierung politisch unter Druck setzen, um die Waffenlieferungen für das türkische Militär zu beenden, aber auch um die Aufklärung der Kriegsverbrechen in Kurdistan voranzutreiben und die strafrechtliche Verfolgung und Verurteilung der Täter zu erzwingen.

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Den Nachschub kappen! Internationalistische Perspektiven entwickeln! Frieden in Kurdistan!

Kundgebung Do, 1.9.2011 um 17.30 Uhr Marienplatz

RednerInnen: Ertugrul Kürkcü, Martin Löwenberg, Angelika Lex, FreundInnenkreis Andrea Wolf, Interventionistische Linke München

anschl. Demonstration zum EineWeltHaus, dort um 19.30 Uhr Veranstaltung mit Ertugrul Kürkcü

Ertugrul Kürkcü ist gewählter Abgeordneter des türkischen Parlaments und seit 1968 Aktivist der türkischen Linken

Veranstaltung zum internationalen Kampf um Menschenrechte und zur Aufklärung von Kriegsverbrechen in der Türkei

am Freitag, 2.9.2011 um 19 Uhr im EineWeltHaus - Schwanthalerstr. 80

mit Sami Görendag (IHD - Menschenrechtsverein der Türkei, Van), einem Angehörigen eines Getöteten des Massakers vom 23.10.1998, Rechtsanwältin Angelika Lex (IUK München) und einer Vertreterin vom FreundInnenkreis von Andrea Wolf München

aki (ak internationalismus), Antimilitaristisches Aktionsbündnis, Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM), FreundInnenkreis von Andrea Wolf München, Internationale Untersuchungskommission Andrea Wolf (IUK), Interventionistische Linke (il) München, Libertad!, Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus, Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., PAKT, Rote Hilfe e.V. Ortsgruppe München, SDAJ München, Verband der Studierenden aus Kurdistan e.V. (YXK), Martin Löwenberg (ehem. Widerstandskämpfer und KZ-Häftling), Claus Schreer (Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus), Siegfried Benker (Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen - rosa liste im Münchner Rathaus), Brigitte Wolf (Münchner Stadträtin - DIE LINKE), Ecco Meineke (Kabarettist, Musiker und Autor)
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Ingrid Scherf, Rumfordstr. 2, 80469 München